

Zu Punkt **7.12**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
24.11.2016



Antrag zur Sitzung des WKÖ-Wirtschaftsparlaments am 24. November 2016 betreffend
Konsequenter Klimaschutz

Am 4. 11. 2016 ist der UN-Klimavertrag von Paris in Kraft getreten. Auf der rechtlichen Ebene heißt das: Österreich und all jene Staaten, die bereits ratifiziert haben (unter anderem die USA, China, Indien ...) sind völkerrechtlich an den Vertrag gebunden.

Der Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas bzw. die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen auf fast Null bis zur Mitte des Jahrhunderts muss tatsächlich jetzt beginnen.

Österreich hat nun die Wahl: Wollen wir die begonnene Transformation zu sauberer, erneuerbarer Energie sowie zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise mutig vorantreiben und uns bestmöglich in den Märkten der Zukunft positionieren? Oder wollen wir weiter Milliarden dafür vergeuden, das alte, schmutzige Energiesystem mehr schlecht als recht am Leben zu erhalten?

Österreich ist so gut wie kaum ein zweites Land aufgestellt, von dieser großen Transformation wirtschaftlich und gesellschaftlich zu profitieren. Kaum ein Land der Welt ist so gesegnet mit erneuerbaren Ressourcen, hohem Bildungsgrad, Wohlstand und Innovationsfreude. Damit wir von dieser neuen Situation nach Inkrafttreten des Klimavertrags profitieren, brauchen wir dringend und unverzüglich glaubwürdige, langfristige Rahmenbedingungen für Investoren und Wirtschaftstreibende!

Paradoxerweise ist es ausgerechnet die Wirtschaftskammer, die diese guten Rahmenbedingungen seit Jahren zu verhindern sucht. Es ist völlig unverständlich, warum gerade die Interessensvertretung der Wirtschaftstreibenden mit solcher Vehemenz entsprechend gute Standortbedingungen Österreichs sabotiert und sich hauptsächlich für die Verlierer der Energiewende (Heizöl- und Mineralölindustrie) einsetzt und damit der gesamten Wirtschaft massiv schadet.

Wir stellen deshalb folgenden Antrag:


Das Präsidium der WKÖ wird ersucht, folgende zehn Punkte aktiv zu unterstützen oder zumindest den Widerstand gegen diese Klimaschutzmaßnahmen einzustellen:

- 1. Klimaschutzoffensive im Verkehr: Öffentlichen Nahverkehr ausbauen, LKW-Maut ausdehnen und Dienstwagenprivilegien abbauen!**
- 2. Raus aus dem Öl: Bundesweites Umstiegs-Programm auf erneuerbare Heizsysteme, unbürokratisch, leicht und leistbar!**

3. **Sanierungsoffensive NEU: Sanierung mit Umstellung auf Raumwärme aus erneuerbaren Energieträgern wird durch bessere Förderungen einfacher und finanzierbar!**
4. **Ökostromausbau: Mit einem »Ökostromgesetz NEU« 100 Prozent Öko-Strom bis zum Jahr 2030 erreichen! Das ist auch die beste Versicherung gegen Atomkraft.**
5. **Alle klimaschädlichen Subventionen streichen! Frei gewordene Mittel gehen in Sanierung und Effizienzmaßnahmen.**
6. **Ökologisch-soziale Steuerreform: Energieverschwendung wird stärker, Arbeit weniger mit Steuern belastet! Das schont das Klima und schafft Arbeitsplätze.**
7. **Ernährungswende: Biologische und regional produzierte Lebensmittel forcieren! Das vermeidet Transportkosten, Pestizide und CO₂.**
8. **Klimaschutz durch Bildung: Unterrichtsschwerpunkte zu Energie und Klimaschutz, Solarstrom auf den Schulen und Kindergärten!**
9. **Ökologischer Hochwasserschutz: Ein bundesweites Investitionsprogramm gibt den Flüssen wieder mehr Raum und hilft, Katastrophen zu vermeiden!**
10. **Klimakiller abschalten: Kohlekraftwerke stilllegen! Wir brauchen schon lange keinen dreckigen Kohlestrom mehr.**

Für die Fraktion der Grünen Wirtschaft


Sabine Jungwirth


Anja Haider-Wallner


Volker Plass